

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen:

Titel: Jugendpsychiatrische Erste-Hilfe-Stellen in jedem Landkreis

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen und an den SPD-Landesparteitag weiterleiten:

Antragstext

1 **Psychische Erkrankungen bei Jugendlichen nehmen alarmierend zu. Laut einer**
2 **Studie der Techniker Krankenkasse (2023) leidet jede*r dritte junge Mensch (32**
3 **%) unter psychischen Belastungen wie Depressionen oder Angststörungen.**
4 **Gleichzeitig gibt es in Deutschland gravierende Versorgungsengpässe:**

5 **Laut Bundesministerium für Gesundheit (BMG, 2023) beträgt die Wartezeit auf**
6 **einen Therapieplatz bis zu sechs Monate. Bei mehr als einem Drittel sind es**
7 **sogar mehr als sechs Monate, die auf einen Therapieplatz warten müssen. Die**
8 **Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie (DGPPN, 2023) warnt, dass es keine**
9 **geeigneten Notfallstellen für Jugendliche in akuten psychischen Krisen gibt.**

10
11 **Gleichzeitig gibt es eine beträchtliche Anzahl an Therapeut*innen ohne**
12 **Kassenzulassung, deren Leistungen ausschließlich von Selbstzahler*innen und**
13 **privat versicherten übernommen oder im Einzelfall über das**
14 **Kostenerstattungsverfahren der gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet werden**
15 **können.**

16 **In Notfällen landen Betroffene meist in allgemeinen Notaufnahmen, die auf**
17 **psychische Krisen nicht ausgelegt sind.**

18 **Das führt dazu, dass Jugendliche mit akuten Krisen keine schnelle Hilfe erhalten**

und oft erst in einer psychiatrischen Klinik aufgenommen werden, wenn es zu spät ist. Um langfristige negative Folgen wie Arbeitsunfähigkeit, Folgeerkrankungen oder sogar Suizid zu verhindern, muss die gesundheitliche Infrastruktur im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie und - psychotherapie ausgebaut werden.

Pilotprojekte in anderen Regionen Deutschlands und auch im Ausland zeigen, dass niedrigschwellige Krisendienste funktionieren und langfristig die Gesundheit junger Menschen gesichert ist. Zusätzlich würde das weitere psychosoziale und medizinische Dienstleistungen entlasten, die aber keine direkte Akutversorgung ermöglichen, wie bspw. Krisentelefone.

Wir fordern die Einrichtung von "Jugendpsychiatrischen Erste-Hilfe-Stellen" in jedem Landkreis. Diese sollen:

Aus diesem Grund fordern wir bis 2035 den Ausbau von Angeboten zur Versorgung psychischer und psychosozialer Anliegen von Kinder und Jugendlichen in jedem Landkreis. Diese sollen wie folgt ausschauen:

- Erhöhung der vorhandenen therapeutischen Kassenplätze und Ausbau von online Therapieangeboten.
- Investitionen in Kinder- und Jugendpsychiatrien, 24 Stunden Hotlines/Chats und Beratungstellen anstatt kostenspieliege parallel Angebote.
- **Wo es umsetzbar ist sollen diese Angebote so niedrigschwellig erreichbar sein wie es das Angebot zulässt– möglichst ohne Überweisung, Wartezeiten, extra Kosten oder Zustimmung der Eltern. Die Autonomie von Kindern und Jugendlichen gesundheitliche Unterstützung wahrzunehmen soll gefördert und erleichtert werden.**
- **Schulen sollen als Ort der Aufklärung über psychosoziale Krisen diesen, als auch über Unterstützungsangebote informieren.**
- **tägliche verfügbar sein mit Fachkräften aus Jugendpsychologie und Sozialarbeit.**

Angesichts der Tatsache, dass die wirtschaftlichen Schäden durch unbehandelte psychische Erkrankungen die Kosten ihrer Behandlung deutlich übersteigen, stellt der Kostenaspekt kein stichhaltiges Argument gegen eine umfassende Versorgung dar.

So machte die Hans-Böckler-Stiftung bereits 2011 darauf aufmerksam, dass arbeitsbedingte psychische Belastungen Kosten von über 30 Milliarden Euro pro

Jahr verursachen. Zusätzlich würden langfristig Krankenkassenbeiträge steigen, wenn psychische Erkrankungen langfristig mit sich rumgetragen werden und erst in Zukunft behandelt werden. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, dass psychische Probleme im jungen Alter rechtzeitig behandelt werden.

- Akutversorgung bieten, ähnlich wie Notaufnahmen, aber für psychische Krisen.

Deshalb muss die Finanzierung dieses Bereiches der gesundheitlichen Infrastruktur in den kommenden Jahren ausgebaut und gesichert werden. Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung sollte auch geprüft werden, inwieweit eine Kooperation mit freien Trägern, Kommunen und Landkreisen sinnvoll und möglich ist. Zum anderen soll der sächsische Landtag in einem Zeitraum von 10 Jahren eine Milliarde Euro für den Ausbau existierender Strukturen verplanen.

Ebenso wichtig ist es, den langfristigen Bedarf an qualifizierten Fachkräften – insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie – zu decken. Dies kann zum einen erreicht werden, indem die Anzahl der Studienplätze erhöht wird. Zum anderen sollen finanzielle Anreize geschaffen werden, um Menschen zu ermutigen, sich für die Kinder- und Jugendpsychiatrie zu entscheiden. Dies kann durch eine Kostenübernahme des Freistaates Sachsen geschehen, oder durch ein Modell ähnlich dem des BAföG, nur Elternunabhängig und mit weniger Hürden.

Aus diesem Grund fordern wir:

- Eine Erhöhung des Haushalts für Gesundheit um die Kosten der Maßnahmen zu finanzieren
- Eine Evaluation der Möglichkeit zur Umsetzung in Kooperation mit freien und öffentlichen Trägern
- Kostenfrei und anonym sein, um Hemmschwellen abzubauen.
- Den Ausbau der der Ausbildungsmöglichkeiten für angehende Psycholog*innen und Psychiater*innen, um den Bedarf auf ein ausreichendes Maß zu gewährleisten.
- Damit einhergehend auch die Kostenübernahme der Ausbildung von angehenden

82

Psychotherapeut*innen.

83

- **Finanzielle Förderungen für angehende Kinder-und Jugendtherapeuten insbesondere wenn sich diese entscheiden in einer Bedarfsregion zu arbeiten, ähnlich wie die Landartzförderung .**

84

85